

Niederschrift
über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses
am 04.06.2013

Tagungsort: Nahariya-Raum (Kleiner Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 16:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 16:35 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Gerhard Henrichsmeier
Herr Frank Strothmann
Herr Detlef Werner

SPD

Frau Barbara Schneider
Frau Karin Schrader
Herr Holm Sternbacher
Herr Dr. Nicolas Tsapos

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hartmut Geil
Herr Klaus Rees

FDP

Herr Harald Buschmann

Die Linke

Frau Barbara Schmidt

Fraktions- bzw. gruppenlose Mitglieder

Frau Barbara Geilhaar

Nicht anwesend:

Herr Rainer Lux (CDU)
Herr Hans Hamann (SPD)
Herr Ralf Schulze (BfB)

Von der Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Löseke
Frau Sieker – Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen
Herr Berens – Amt für Finanzen und Beteiligungen
Herr Stühmeier - Amt für Finanzen und Beteiligungen
Frau Wemhöner - Amt für Finanzen und Beteiligungen (Schriftführerin)

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Rees teilt mit, dass Herr Lux sich aufgrund einer kurzfristigen Verhinderung entschuldigen lasse. Anschließend stellt er die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Finanz- und Personalausschusses fest.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 45. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 07.05.2013**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 07.05.2013 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Herr Löseke verliest folgende Mitteilung:

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die heutige Sitzung möchte ich nutzen, Ihnen kurz den Sachstand bezüglich des Genehmigungsverfahrens für den Haushalt 2013 zu berichten.

Nachdem der Rat der Stadt die entsprechenden Beschlüsse zum Haushalt gefasst hatte, wurden sämtliche erforderlichen Unterlagen der Bezirksregierung Detmold vorgelegt. Abgesehen von verschiedenen Nachfragen bzw. Bitten um ergänzende Erläuterungen haben sich bisher bei der Prüfung keine Besonderheiten ergeben.

Die Verwaltung geht nach aktuellem Kenntnisstand weiterhin davon aus, dass bis Mitte Juni der Zugang der Genehmigungsverfügung erwartet werden kann.

Für den Vollzug des Haushalts 2013 gelten daher weiterhin die Vorschriften des § 82 GO NRW, d.h. die sogenannte vorläufige Haushaltsführung, während derer nur verpflichtende Aufwendungen entstehen dürfen bzw. zur notwendigen Weiterführung begonnener Maßnahmen.

Da in diesen Konstellationen erfahrungsgemäß in der Regel keine auffälligen Entwicklungen zu verzeichnen sind, wurde auf das ansonsten übliche Finanzberichtswesen zum ersten Tertial des laufenden Jahres verzichtet.

Darüber hinaus möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Entwicklung des Gewerbesteuerertrags derzeit verhalten verläuft; signifikante Zuwächse aufgrund der Hebesatzerhöhung sind derzeit nicht erkennbar. Die aktuelle Prognose lässt nur bei optimistischer Betrachtung noch die Erwartung zu, dass zum Jahresende der Ansatz erreicht werden wird. Ich prüfe daher derzeit, wie dieser Entwicklung zu begegnen ist.

Zu Punkt 3 Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

Zu Punkt 4 Erwartete Veränderungen in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung bis zum Jahr 2016

Zunächst wird festgestellt, dass die Vorlage und teilweise auch die Anlagen nicht allen Ausschussmitgliedern vorliegen. Die Verwaltung wird die Gründe ermitteln und dafür Sorge tragen, dass die Unterlagen zukünftig allen Mitgliedern zugänglich sind.

Herr Werner erklärt, dass er die Vorlage so verstehe, dass der vom Haupt- und Beteiligungsausschuss bestätigte Beschluss des Sozial- und Gesundheitsausschusses trotz einer Einsparung von rd. 0,5 Mio. € in 2014 auf Dauer zu erheblichen Mehraufwendungen führt. Herr Löseke berichtet daraufhin, dass das Haushaltssicherungskonzept 2010/2011 vorgesehen habe, dass im Rahmen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen keine Personalkostensteigerungen berücksichtigt werden sollen. Die entsprechenden Zuweisungen wurden in der Finanzplanung insofern eingefroren. Für den Neuabschluss der Vereinbarungen ab 2014 sei auf Grundlage der aktuellen Beschlusslage nun vorgesehen, ab 2014 zunächst rd. 0,5 Mio. € einzusparen. Gleichzeitig soll ab 2014 der Ausgleich von Personal- und Sachkostensteigerungen in Höhe von bis zu 3 % zugelassen werden. In diesem Fall käme es zu den in der Vorlage dargestellten Mehraufwendungen in 2015 und 2016. Herr Berens erläutert die finanziellen Auswirkungen anschließend ausführlich anhand der Anlage 2 zur Vorlage. Herr Rees weist darauf hin, dass es sich bei dieser Darstellung um das Worst-Case-Szenario handele und dass nicht davon auszugehen sei, dass die maximale Steigerungsrate von 3 % auszuglei-

chen sei. Herr Werner wendet ein, dass seines Erachtens aber auf jeden Fall ein Mehrbedarf entstehe. Da es sich um Leistungen handele, die lediglich dem Grunde aber nicht der Höhe nach pflichtig seien frage er sich, wie die Kommunalaufsicht diese Entwicklung bewerten werde. Herr Buschmann erwidert, dass der maximal vorgesehene Ausgleich eher unwahrscheinlich sei und er nicht erwarte, dass die Regelung negative Folgen für die Stadt habe. Herr Berens ergänzt, dass die Bezirksregierung im Hinblick auf das laufende Genehmigungsverfahren zum Haushalt 2013 über den Sachverhalt bereits informiert wurde.

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Informationsvorlage zu erwarteten Veränderungen in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung bis zum Jahr 2016 zur Kenntnis.

-:-

Zu Punkt 5

Projekt KI>>GS - Übergang KiTa - Grundschule Nachbewilligung von Haushaltsmitteln

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5696/2009-2014

Herr Rees erklärt, dass mit der Nachbewilligung die finanzielle Umsetzung des grundsätzlichen Beschlusses zum KI>>GS-Projekt aus 2011 nachvollzogen werde. Die Deckung erfolge aus noch nicht in Anspruch genommenen Mitteln der Bildungspauschale. Herr Berens weist darauf hin, dass die Fachausschussempfehlungen noch ausstehen und von daher ein entsprechender Vorbehaltsbeschluss zu fassen sei.

Vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung im Schul- und Sportausschuss sowie im Jugendhilfeausschuss fasst der Finanz- und Personalausschuss folgenden

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

- 1. Dem überplanmäßigen Aufwand bzw. der überplanmäßigen Auszahlung für das Projekt KI>>GS auf der Kostenstelle 510500 „Tageseinrichtungen für Kinder“, Sachkonto 52350060 „Erstattungen an Sondervermögen“ in Höhe von 100.000,00 Euro wird zugestimmt.**
- 2. Die Deckung erfolgt aus noch nicht verwendeten Mitteln der Bildungspauschale, Sachkonto 41410012, in der Produktgruppe 11.16.01 „Allgemeine Finanzwirtschaft“.**

- einstimmig beschlossen -

-:-

Zu Punkt 6

Änderung der Entgeltordnung der Stadt Bielefeld für das Naturkunde-Museum

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5565/2009-2014

Frau Schmidt erklärt, dass ihre Fraktion weder der Änderung der Entgeltordnung für das Naturkundemuseum noch der Änderung der Benutzungsordnung und Gebührensatzung von Stadtbibliothek sowie Stadtarchiv und Landesgeschichtliche Bibliothek zustimmen könne. Ihres Erachtens seien die Erhöhungen unangemessen und die im Ergebnis geringen Mehrerträge nicht geeignet, einen wirksamen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat die Veränderung der Entgeltordnung des Naturkunde-Museums (s. Anlage) zum 01.07.2013 zu beschließen.

Mit dem Ziel einer Einnahmeerhöhung sollen folgende Eintrittspreise verändert werden:

Personenkreis	alt	neu
Führungen für angemeldete Schüler- und Kitagruppen	20,00€	25,00€
Führungen für angemeldete Erwachsenengruppen	20,00€	30,00€

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Änderung der Benutzungsordnungen und Gebührensatzungen der Stadt Bielefeld für die Stadtbibliothek sowie das Institut Stadtarchiv und Landesgeschichtliche Bibliothek

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5585/2009-2014

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat die Benutzungsordnung und Gebührensatzung der Stadt Bielefeld für das Institut Stadtbibliothek und die 1. Änderungssatzung zur Benutzungsordnung und Gebührensatzung der Stadt Bielefeld für das Institut Stadtarchiv und Landesgeschichtliche Bibliothek entsprechend den Anlagen zu beschließen.

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

6. Nachtragssatzung zur Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Bielefeld mit Gebührentarif vom 17. Dezember 2001

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5658/2009-2014

Frau Schmidt kritisiert, dass mit den Gebührenerhöhungen alltägliche Lebenssachverhalte unverhältnismäßig verteuert werden. Gebührenerhöhungen um bis zu 25 % seien unverhältnismäßig. Herr Werner und Herr Rees weisen darauf hin, dass Gebühren grundsätzlich kostendeckend zu erheben seien und schon deshalb eine Handlungsnotwendigkeit bestehe.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, die 6. Nachtragssatzung zur Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Bielefeld mit Gebührentarif vom 17. Dezember 2011 entsprechend der beigefügten Anlage zu beschließen.

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 9

Prüfauftrag Abgabe von Städtischen Kindertageseinrichtungen an freie Träger

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5688/2009-2014

Herr Werner weist darauf hin, dass die Vorlage inhaltlich bereits ausführlich in den Fachausschüssen gewürdigt wurde. Da es sich um eine Maßnahme der Haushaltskonsolidierung handele, die nun nicht umgesetzt werde, vermisse er in der Vorlage eine Aussage zur Kompensation. Herr Löseke erklärt, dass der Oberbürgermeister seines Wissens eine entsprechende Anpassung der Elternbeiträge in Erwägung ziehe. Herr Rees führt aus, dass seines Wissens auch andere Alternativen diskutiert würden und man sich mit dem Sachverhalt auf jeden Fall noch mal auseinandersetzen werde. Herr Werner verdeutlicht, dass er die Benennung alternativer Maßnahmen erwarte.

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Informationsvorlage zum Prüfauftrag „Abgabe von Städtischen Kindertageseinrichtungen an freie Träger“ zur Kenntnis.

-...-

Zu Punkt 10

Einrichtung von drei zusätzlichen Stellen im Bereich des Verkehrsüberwachungsdienstes - auch als Beitrag zur Haushaltsoptimierung 2013 ff -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5694/2009-2014

Herr Henrichsmeier führt aus, dass er die Maßnahme vom Grundsatz her begrüße. Seines Erachtens sei es aber nicht angezeigt dafür drei zusätzliche Stellen einzurichten. Er beantrage daher, für den zusätzlichen Verkehrsüberwachungsdienst bereits vorhandene Stellen umzuschichten.

Der Finanz- und Personalausschuss fasst dazu folgenden

Beschluss:

Für die Leistung zusätzlicher Verkehrsüberwachungsdienste werden drei bereits vorhandene Stellen umgeschichtet.

- mit Mehrheit abgelehnt -

Anschließend lässt Herr Rees über den Beschlussvorschlag der Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt die Einrichtung von drei zusätzlichen Stellen (EG 5) im Bereich des Verkehrsüberwachungsdienstes.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 11

Unterrichtung des Finanz- und Personalausschusses über die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat. (Anlage 1 - ist beigefügt.)

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt von den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat, gemäß Vorlage Kenntnis und verweist diese Vorlage ebenfalls an den Rat zur Kenntnisnahme.

- einstimmig beschlossen -

Bielefeld, 04.06.2013

Klaus Rees
(Vorsitzender)

Heike Wemhöner
(Schriftführerin)